

Erlemann: Wo ist Solidarität?

FINANZLOCH Ein Bündnis für Arbeit prangert den Wegfall der Landesmittel fürs Arbeitslosenzentrum an.

Von Susanne Böhling

Richtig sauer sind sie. Sauer und aufgebracht. Die Männer vom Bündnis für Menschenwürde und Arbeit. Die Landesregierung streicht die Mittel für die Arbeitslosenzentren, und sie fürchten die Schließung der Beratungsstellen. „Das passt überhaupt nicht zu deren Appell, sich mit Langzeitarbeitslosen zu solidarisieren“, urteilt der Vorsitzende des Bündnisses Edmund Erlemann.

Ab Oktober soll die in den Arbeitslosenzentren geleistete, unabhängige Beratung von der Arge mit übernommen werden. „Aber die soll fördern und fordern – sprich: sanktionieren“, sagt Gewerkschafter Hartmut Wellssow. Doch damit werde beispielsweise die kaputte Waschmaschine von Beatrix, einer Mutter von fünf Kindern, die von Arbeitslosengeld II und Kindergeld lebt, auch nicht wieder ganz. „Bei der Arge hat man ihr gesagt, sie hätte dafür sparen müssen“, was faktisch nicht möglich sei, so die Einschätzung der Bündnis-Partner.

Im Arbeitslosenzentren werde hingegen Hilfe geleistet. „Zum einen bekommen die Menschen Tipps“, sagt Johannes Eschweiler vom Volksverein, „zum anderen haben sie einen Treffpunkt, an



Es gibt Fragen, die Arbeitsagentur und Arge nicht beantworten, meinen die Unterstützer unabhängiger Beratungsstellen.

dem sie sich mit anderen Betroffenen austauschen können.“ Man brauche sich nicht wundern, wenn noch mehr von ihnen „mit Bier auf Parkbänken“ rumsitzen.

Im Zentrum an der Lüpertzender Straße gibt es für Arbeitslose den warmen Mittagstisch. 11 000 Mahlzeiten wurden 2007 ausgegeben (die nicht aus den Mitteln des Sozialfonds finanziert werden, der jetzt gestrichen werden soll). 1837 Beratungsgespräche wurden geführt. Nur 40 Prozent davon mit Hartz-IV-Empfängern. „Es kommen auch Eltern, die nicht wissen, wie sie mit ihrem arbeitslosen Sohn umgehen sollen, der nur noch rumhängt“, berichtet Karl Sasserath,

Leiter des Zentrums.

Das Land begründet den Wegfall der 4,6 Millionen Euro, mit denen es sich landesweit an 65 Beratungsstellen beteiligt, mit Kürzungen der Mittel des Europäischen Sozialfonds. Für die Vitustadt sind es 65 000 Euro, ein Viertel des Gesamtbudgets. „Anstatt überall moderat zu kürzen geht das Land den Zentren an den Kragen“, ärgert sich ein Bündnis-Partner. Weil es in Mönchengladbach viel Solidarität mit Arbeitslosen gibt, kommen 60 000 Euro aus Spenden zusammen. „Aber die Summe lässt sich nicht von heute auf morgen verdoppeln“, sagt Sasserath. Jetzt will das Bündnis eine Mahnwache halten.

■ MAHNWACHE

SOLIDARITÄT Zu einer Kundgebung lädt das Bündnis für Menschenwürde und Arbeit am Freitag, 18. Januar, ein. Von 14 bis 18 Uhr läuft die Mahnwache vor dem ehemaligen Stadttheater an der Hindenburgstraße.

AUFRUF Damit soll Protest eingelegt werden gegen die Streichung der Mittel für die Arbeitslosenzentren und -Beratungsstellen, die bisher über das Land Mittel aus dem europäischen Sozialfond erhalten haben. Ihnen droht nun Schließung.